



Stuttgart, 28.09.2015

Positionspapier Nr. 2 zum anstehenden Streik im Sozial- und Erziehungsdienst

Ein langer Streik lag vermeintlich hinter uns. Nach Ablehnung des Schlichterspruchs, durch die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst, steht uns ein neuer Streik bevor.

Wir Eltern beobachten dabei wieder das Beharren auf eingefahrenen Positionen und Einzug des Lagerdenkens (insbesondere auf Seiten der Arbeitgeber). Dieser Zustand hinterlässt bei uns viel Wut und Ratlosigkeit zugleich, geht es doch um viel mehr als einen normalen Arbeitskampf. Es geht um prinzipielle Fragen der Gesellschaft, die eigentlich nicht in einem Tarifstreit ausgetragen werden sollten.

Der Schlichterspruch lag weit unter den Erwartungen der ErzieherInnen. Daher war absehbar, dass der Kompromiss keine Akzeptanz bei der Belegschaft finden würde. Die Aussage der Schlichter, dass ein Kompromiss zum Wohl der Eltern geschlossen wurde, kann und konnte von vielen Eltern nicht nachvollzogen werden. Er wertet die Tätigkeit der ErzieherInnen kaum auf. Denn die, die an vorderster Front an der Bildung und Erziehung unserer Kinder mitwirken, gehen nahezu leer aus. Fakt ist, dass es in dem Streik auch um die gesellschaftliche Anerkennung geht!

Warum der Schlichterspruch unsere gesellschaftliche Zukunft in mehrerer Hinsicht gefährdet:

1. Er trägt dem Wandel des Familienlebens und der Berufstätigkeit beider Elternteile keine Rechnung. Eine Ausdehnung der Betreuungszeiten (Stichwort Früh- und Spätdienstbetreuung) durch qualifiziertes Personal, wäre eine Voraussetzung dafür. Eine weitere, dass es engagierte ErzieherInnen gibt, die für unsere Kinder ein fürsorgliches und "familiäres" Umfeld schaffen.
2. Der Mangel an qualifizierten Kräften, wird, durch die im Verhältnis zu Verantwortung und Belastung schlechte Entlohnung, zunehmen. Es ist fraglich, wie künftig eine flächendeckende Versorgung erreicht, geschweige denn gesichert werden soll.
3. Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel dafür, alle Kinder „mitzunehmen“, setzt aber in ausreichender Zahl motivierte ErzieherInnen voraus. Zudem ist bekannt, dass pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten für faire Entwicklungschancen wichtig ist. Entsprechend leitet sich für die Kindertagesstätten ein Bildungsauftrag ab, der mit dem Berufsbild von ErzieherInnen vergangener Jahrzehnte nichts mehr zu tun hat.
4. Es fehlt die Festschreibung adäquater Rahmenbedingungen, z. B. eine klar abgrenzbare Tätigkeitsbeschreibung der einzelnen Berufsbilder, wertschätzende Arbeitsbedingungen und ausreichend Personaldeckung (Betreuungsschlüssel), entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten, sowie eine gesunde und hochwertige Ausstattung.

Warum die Eltern bisher kein Verständnis für beide Parteien entwickeln konnten:

1. Der Konflikt wird auf dem Rücken der Eltern ausgetragen.
2. Die Kommunen müssen nicht handeln, da nicht sie, sondern die Eltern die Betroffenen sind. Das schafft für die Vertreter der Kommunen die bequeme Situation, das Thema aussitzen zu können.

3. Ver.di's Streiktaktik war ein Schlag ins Gesicht der Eltern: ver.di hat aus den Erfahrungen des großen Streiks von 2009, die falschen Schlüsse gezogen. Statt differenziert und angepasst zu agieren und die Eltern als Betroffene in die Überlegungen einzubinden, wurde ein flächendeckender Streik angezettelt. Das hat weder die Arbeitgeber beeindruckt, noch hat es den Rückhalt durch die Eltern gestärkt.
4. Aus den Verhandlungen geht nicht klar hervor, dass die Wertschätzung und Motivation der ErzieherInnen, ein zentraler Bestandteil der Verhandlungen sind. Der Konflikt reduziert sich auf die Entgelterhöhung.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Kommunen formal juristisch Tarifpartner sind, Bund und Länder aber die Rahmenbedingungen festlegen und damit in der Pflicht sind. Die Kommunen, mit ihren latent klammen Haushalten, können die Forderungen von ver.di nur schwer stemmen. Gerade im Licht der aktuellen Flüchtlingsproblematik, werden die finanziellen Spielräume immer enger. Sollte durch einen Tarifabschluss erreicht werden, dass die Kommunen im Sozial- und Erziehungsdienst höhere Entgelte zahlen müssen, ist zu befürchten, dass sich der Betreuungsschlüssel verschlechtert und die Betreuungszeiten eingeschränkt werden. Ein Rückschritt für alle Beteiligten!

Solange die Finanzierung in der Verantwortung der Kommunen liegt, steht es schlecht um die Bildung unserer Kinder!

Der Zustand vieler Schulen und KiTas lässt erkennen, was das bedeutet. Deshalb sollte es in der Kinderbetreuung einen bundeseinheitlichen Standard geben, der vom Bund und/oder von den Ländern (mit-)finanziert wird. Gelder, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei geworden sind, könnten dafür eingesetzt werden. Damit dieser Tarifstreit gelöst werden kann, ist ein Signal von Bund und Ländern in Form von Garantien nötig. Dann können die Kommunen mit ver.di einen realistischen Zeitplan aushandeln, der, unter Berücksichtigung angemessener Übergangsfristen, substantielle Verbesserungen und Perspektiven für ErzieherInnen schafft.

Fazit und Apell

Wir hoffen mit unserer Denkschrift wieder Schwung in das Thema zu bekommen. Wir stellen fest, dass mit den Kommunen die Falschen am Verhandlungstisch sitzen: Bund und Länder machen die Vorgaben, Kommunen müssen zahlen. So sehr wir die Forderungen der ErzieherInnen unterstützen, ein Streik trifft nicht die Beteiligten, sondern nur die Eltern, **und ist damit im Grunde genommen sinnlos**, weil er kein Druckmittel darstellt. Ver.di sollte nicht mit voller Wucht gegen die Eltern agieren. Dies ist **kein Freischein** für die Arbeitgeber, denn es gilt, die Zukunft der Gesellschaft zu sichern! Sie müssen sich auf jeden Fall bewegen!

Ein Stufenplan könnte ein möglicher Ausweg sein, bei dem beide Seiten das Gesicht wahren können, um Perspektiven für die ErzieherInnen zu schaffen, bis dann mittelfristig Tarifverhandlungen auf Bundes- und Länderebene geführt werden können.

Der Gesamtelternbeirat
der Kindertagesstätten und Horte in Stuttgart